

Zeitschrift: Profil : sozialdemokratische Zeitschrift für Politik, Wirtschaft und Kultur
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 53 (1974)
Heft: 11

Artikel: Über die Unrentabilität des Unrentablen
Autor: Morf, Doris
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-338895>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 31.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Kommunalpolitisches Forum

Über die Unrentabilität des Unrentablen

Es gibt jene Gespräche, die aus einer Jetzt-reicht-es-aber-Situation heraus entstehen. Weil man sich über den Verkehr ärgert oder über die Mietzinse zum Beispiel. Man wird sich im Verlauf dieser Gespräche – die oft zwischen Unbekannten stattfinden – schnell einig darüber, dass «etwas getan werden muss». Man wird sich vielleicht sogar einig darüber, was getan werden müsste. Als Politiker ist man oft begeistert über die realistische Einschätzung der Situation und über die vernünftigen Folgerungen solch zufälliger Gesprächspartner. Und dann haut's einem ganz schön eins in den Magen, wenn sozusagen zum Abschluss eines solch Jetzt-reicht's-aber-Gesprächs achselzuckend festgestellt wird: Tja, da kann man halt nichts machen, schade. Resignation, immer wieder. Die-sind-jadoch-zu-mächtig-Mentalität.

Was in ihrer unmittelbaren Nähe vor sich geht, können die meisten Leute überschauen. Am Kommunalen sieht man noch schnell einmal, wie's funktioniert? Wie wer funktioniert? Wie die Politiker, die Verwaltung funktionieren. Man ist sich sogar klar darüber, dass die Verwaltung bestimmt wird durch jene Kräfte, die auf sie einwirken. Man weiss, dass es sich bei diesen Kräften sowohl um die Stimmbürger als auch um die verschiedensten Interessengruppen handeln kann. Aber wie stellt sich dabei das Kräfteverhältnis dar? Ist man sich klar darüber, dass das Kräfteverhältnis zwischen Stimmvolk und Wirtschaft etwa dem Kräfteverhältnis zwischen Ross und Reiter entspricht? Weiss man, wie stark das Leben in der Stadt, die Entwicklung einer Stadt, von den Produktionsverhältnissen dominiert werden? Weiss man, dass die ungleichen Machtverhältnisse am Arbeitsplatz sich auf das gesellschaftliche Kräfteverhältnis übertragen? Hier stellt sich, auch wenn man darüber Bescheid weiss, oft schon das erste Da-kann-man-halt-nichts-Machen ein. Man weiss, dass Industrie und Handel den grössten Einfluss ausüben, entweder direkt oder via Experten, Professorenengutachten und Massenmedien als bezahlten Hilfskräften. Auch durch gewisse Parlamentarier, die hauptberuflich Interessevertreter sind. Das spielt sich sogar auf kommunaler Ebene ab, wo Bauanwälte, Vertreter von Tiefbaufirmen, Landspekulanten als Parlamentarier sich in Kommissionen, zum Beispiel zu grossen kommunalen Bauvorhaben, einnisten.

Man nimmt es zur Kenntnis und zuckt die Achsel. Ist es nur Resignation oder geistert noch irgendwie jene Behauptung Calvins durch die Lande, wonach Reichsein auf Gottgefälligkeit schliessen lasse, wonach ein reicher und mächtiger Mann einer sei, der von Gottes Gnaden beschiene werde? Dass man also jeden Rappen reinvestieren, dass Profit

noch mehr Profit schaffen müsse, um den Profiteur noch reicher, noch gottgefälliger darzustellen.

Den Privaten die Profite – und dem Staat die Defizite

Dank dieser Resignation, jedenfalls, ist es seit langem Usus geworden, dass die Öffentlichkeit all das zu übernehmen hat, was unrentabel ist, und der Privatwirtschaft all das überlassen wird, was rentabel ist. Die Öffentlichkeit baut die Straßen, die Parkhauszufahrten – die Privaten verdienen an den Parkhäusern, an den Warenhäusern, an der Erreichbarkeit ihrer Geschäftslage. Die öffentlichen Unternehmungen betreiben die öffentlichen Verkehrsmittel – die privaten Unternehmen brauchen sich nicht darum zu kümmern, ihre Arbeitskräfte werden ihnen in ihre Verwaltungen, ihre Dienstleistungsbetriebe angeliefert und weggeführt. Die öffentlichen Unternehmungen stellen Gas, Wasser, Elektrisch zur Verfügung – die privaten Unternehmen verbrauchen es in umweltgefährdenden, aber Profit eintragenden Mengen, mit Mengenrabatt. Die Öffentlichkeit baut und betreibt Schulen – die privaten Unternehmen gewinnen dadurch hochqualifizierte Arbeitskräfte. Und wenn die hochqualifizierten Arbeitskräfte sich einmal krank gekrampft haben, stellt die Öffentlichkeit wiederum die nötigen Spitäler und Sanatorien, und schliesslich auch die Friedhöfe, zur Verfügung.

Da kann man halt nichts machen! Oder doch? Beispiele! Zum Beispiel Bologna. Bologna ist eine Stadt, durchaus vergleichbar mit Zürich. Aber Bologna ist auf dem Weg dazu, die Rentabilität des Unrentablen zu beweisen.

Sanierung à la bolognese

Beginnen wir mit der berühmten Altstadtsanierung à la bolognese. Aus der ganzen Welt reisen Planer, Fachzeitschriften-Leute, Politiker, Fernseh-Teams an, um das «Wunder von Bologna» zu untersuchen. Das Wunder besteht darin, dass in Bologna – der roten, der gelehrten, der reichen Stadt – eine Altstadt sukzessive saniert, bewohnbarer gemacht wird, und dabei nicht die Spekulanten gewinnen, sondern die Bevölkerung davon profitiert. Und zwar die gleiche Bevölkerung, die schon vor der Sanierung dort gewohnt hat. In Zürich, zum Beispiel, können es sich die Bewohner gar nicht leisten, saniert zu werden – sie würden zur Stadt hinaussaniert. In den Genuss der sanierten Häuser kämen bei uns nur jene, die aufs Doppelte bis Zehnfache erhöhte Mietzinse zu zahlen vermögen. In Bologna weist die Sanierung anderes Format auf. Und da es sich um sehr alte Häuser handelt, an denen meist seit Jahrhunderten nichts mehr geändert wurde, die keine modernen sanitären Installationen aufweisen, ist es zudem für das Stadtbild nicht ganz

unwesentlich, wie saniert wird. Es wird, zum Beispiel im Quartier San Leonardo oder San Lorenzo, mit einem von vier Straßen begrenzten Block begonnen. Zuerst richtet man in allernächster Nähe, zum Beispiel in einem leerstehenden, der Stadt gehörenden Haus komfortable Wohnungen ein für die Leute, die vorübergehend aus ihren alten Wohnungen ausziehen müssen. Alte Leute, die nicht zweimal die Mühe eines Umziehens auf sich nehmen wollen, können allerdings, falls sie es wünschen, nach Abschluss der Sanierung auch in ihrer neuen Wohnung bleiben.

Im Gegensatz zu unseren Verhältnissen, wo oft ein Besitzer mehrere Häuser sein eigen nennt, gehören die Bologneser Altstadthäuser meist mehreren Besitzern, mindestens ein Teil ihnen auch gleich im Haus wohnhaft. Da es sich in der Mehrzahl um Leute handelt, die nicht genügend finanzielle Mittel hätten, ihre Häuser auf eigene Faust zu sanieren, beteiligt sich die Stadt an den Sanierungskosten – und hat dadurch natürlich bei der Art und Weise der Sanierung und später auch bei der Festsetzung der neuen Mietzinse ein wichtiges Wort mitzureden.

Mit Bauverboten, Nutzungsvorschriften, Aufkauf von billigem Land im Vorkaufsrecht, dank einem fortschrittlichen Expropriationsgesetz, einer Bauordnung, die eine aktive Bodenpolitik der Stadt erlaubt, und einem Infrastrukturfonds, der von den Quartieren selber verwaltet wird, aber auch dank Beiträgen der Unesco, der GESAL (Institut für sozialen Wohnungsbau in Italien), der Region und der Stadt selber, kann Bologna es durchsetzen, dass: 1. die nötigen Sanierungen durchgeführt werden, 2. die Sanierungen auf eine Art und Weise durchgeführt werden, die das schöne Stadtbild mit den vielen Türmen und den zwei-bis fünfstöckigen Häusern im «Bologneser Raster» und in den Bologneser Farben nicht zerstört, 3. die Bewohner derselben Einkommensschichten wie vordem wieder in die sanierten Wohnungen zurückkehren oder neu einziehen.

Natürlich wird von der Opposition herumgeboten, die in Bologna, diese rote Verwaltung, wolle ja nur ihre Wähler nicht verlieren! Es sei reiner politischer Egoismus, wenn man dort die kleinen Läden, die Handwerksbetriebe, die Wohnungen für ältere Leute, für kinderreiche Familien, für Lehrlinge und Studenten nicht nur saniere und schaffe, sondern auch noch garantiere! Immerhin – in Bologna rentiert der Wohnungsbau nicht für die Liegenschaftshändler, die Bauunternehmer, die Spekulanten, wie bei uns, sondern er rentiert für die Bewohner der Stadt. Gerade weil grosser Wert darauf gelegt wird, dass die sanierten Quartiere soziologisch gut durchmischt sind. Meist befinden sich, wie seit eh und je in Bologna, im Parterre kleine Läden und Handwerksbetriebe, im ersten Stock Wohnungen für alte Leute, im zweiten oder dritten Stock Wohnungen für Familien mit Kindern, und zuoberst Kleinwohnungen oder Zimmer für Lehrlinge und Studenten (Bologna ist eine weltberühmte Universitätsstadt!).

Und eine Bocciabahn im Hof

Die Hinterhöfe der sanierten Quartiere, die sich ehemals in ziemlich verwahrlostem Zustand darboten, werden zu Gemeinschaftsanlagen zusammengelegt. Die Anwohner bestimmen selber darüber, wie sie gestaltet werden sollen. Meist wollen die alten Männer eine Bocciabahn, die Frauen Bänke und Kinderspielplätze, oft auch Reben, die auf Stickeln wachsen und als Lauben Schatten spenden.

Das Mitbestimmungsrecht der Quartierbewohner ist ein weiterer, vielbeachteter Punkt in der Politik der linken Parteien Bolognas. Meist gehört zu einem sanierten Block ein altes Klostergebäude, das sich – seit Napoleons Zeiten säkularisiert – im Besitz der Stadt befindet. Aus diesen weitläufigen Gebäuden, die oft noch von Gärten mit altem Baumbestand umgeben sind, werden Gemeinschaftszentren. Was darin enthalten sein soll, bestimmen die Quartierbewohner nach ihren jeweiligen Bedürfnissen – Krippen, Bibliotheken, Bastelräume usw. Als erstes aber wird der Quarterratssaal eingerichtet, wo die Quarterrats-Versammlungen abgehalten werden. Bologna hat Quartirräte. Und jeder Bewohner, der Zeit und Interesse hat, kann an den Sitzungen dieser Quartirräte nicht nur teilnehmen, sondern dabei auch mitreden (hier wird keine Zuschauertribüne geräumt, wenn einer dazwischenruft!)

Es war ja zu vermuten, dass in einer Stadt, wo die Quartierbewohner über ihre nächste Umgebung mitbestimmen, auch sonst noch allerlei Unrentables zur Durchführung gelangt. Zum Beispiel ein Nulltarif. Tatsächlich, Bologna hat seit bald zwei Jahren den Nulltarif zu Spitzenzeiten in seinen städtischen Verkehrsbetrieben (die aus Autobuslinien bestehen). Als nämlich in Bologna – wie bei uns – die Autoschlangen von Jahr zu Jahr länger wurden und das Verkehrs-Chaos immer grösser, da bestellte die Verwaltung bei Fiat zweihundert neue Autobusse und bereitete in aller Ruhe den Nulltarif zu Spitzenzeiten vor. Plakate, die – wie bei uns Zigaretten- und Apéritif-Reklamen – überall aufgeklebt wurden, verkündeten:

Dal 2 aprile 1973
Gratuità
del trasporto urbano
per fascie orarie
Una ragione in più per prendere l'autobus

Die Busse fahren auf eigenen Spuren, teilen sie mit den Taxis und kommen wieder gut vorwärts. Viele Autofahrer sind auf Bus umgestiegen. Viele neue Fussgängerzonen konnten eingeführt werden. Eine ernsthafte Opposition gegen den Nulltarif und seine bei uns so sehr befürchtete Unrentabilität gab es in Bologna nie. In Bologna werden die Akzente anders gesetzt.

Die niedrigsten Steuern von ganz Italien

Ist Bologna deswegen dem Untergang geweiht, weil es sich in den verschiedensten Aspekten des städtischen Zusammenlebens auf die Rentabilität des Unrentablen versteift? Bologna erlebt – und erlebt immer noch – einen gesunden wirtschaftlichen Aufschwung, der der Kapazität dieser Wirtschaftsmetropole und ihrer Umgebung entspricht, der hauptsächlich mit lokalem Kapital finanziert wurde und krisensicher ist. Da sich das «Wunder von Bologna» immer mehr herumspricht, könnte der Zustrom nach Bologna jedoch zu gross werden – die Bologneser haben deshalb sogar eine Einwohnerbeschränkung ins Auge gefasst, da sie erwarteten, dass ihre Stadt mit 600 000 Einwohnern die optimale Grösse erreicht haben würde.

Ist nun das, was bei uns unrentabel genannt wird, in Wirklichkeit das Rentable? Die sanierten Wohnungen kamen Bologna billiger zu stehen als Neubauwohnungen. Alle haben etwas davon: die Mieter, die je nach Einkommen mehr oder weniger Mietzins zahlen, und die Hauseigentümer, deren Besitz im Wert gestiegen ist. Aber auch die Wirtschaft, die davon profitiert, dass die Stadt nicht verödet, dass sie bewohnbar bleibt, dass sie lebt. Und sogar die Banken, die sich darum reissen, Bolognas neue kommunale Vorhaben mitzufinanzieren.

Während im letzten Jahrhundert manche Regierung sich in Versuchung führten liess, ins sogenannte Rentable zu investieren, zum Beispiel in Waffenfabriken (Frankreich bei Schneider-Creuzot, Deutschland bei Krupp, Mannesmann, Thiessen), während andere dasselbe indirekt, mit Steuererleichterungen, praktizierten, wird vielleicht gerade das Beispiel Bologna vielen die Augen öffnen dafür, dass das, was bisher im Hinblick auf kurzfristigen Profit als unrentabel angesehen wurde, langfristig das rentabelste ist, weil es erst jene Lebensqualitäten in einer Stadt gewährleistet, die dazu führt, dass die Stadt nicht verödet, das soziale Klima sich nicht polarisiert und kriminalisiert. Und was schliesslich die Gegner von Nulltarif, Nutzungsbeschränkungen und Mitbestimmung im Quartier, zum Beispiel, vor Überraschung Purzelbäume schlagen lässt: Bologna hat die niedrigsten Steuern von ganz Italien.

Doris Morf